

An Frau \_\_\_\_\_

Feucht d. \_\_\_\_\_

An Herrn \_\_\_\_\_

Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Sehr geehrte Frau \_\_\_\_\_, Sehr geehrter Herr \_\_\_\_\_,

das Bundesbedarfsplangesetz regelt den beschleunigten Ausbau von Höchstspannungsleitungen im Übertragungsnetz und dient somit der einseitig Unterstützung des europäischen Stromhandels auch mit Atom und Kohlestrom. Mittlerweile lehnen rund 32 Bürgerinitiativen (steigend) mit wachsenden Mitgliederzahlen sowie zahlreiche Bürger an Orten entlang der geplanten Trasse in denen sich noch keine Bürgerinitiative gegründet hat, diesen Ausbau der Juraleitung/P53 aus mehreren Gründen ab:

- Die Energiewende (100 % EE) wird damit blockiert.
- Strom muss dort erzeugt und gespeichert werden, wo er benötigt wird.
- Statt mit hohen Milliardenbeträgen Übertragungsnetze neu zu bauen, müssen unsere Verteilernetze modernisiert werden.

Es gibt aber noch viele weitere Gründe, warum mit diesem Gesetz die Klimaziele der Bundesregierung keinesfalls erreicht werden können.

Um Ihnen hier ein gutes Beispiel für die Klimaziele (CO<sup>2</sup> Minderung und Erderwärmung stoppen) zu nennen: **Mit dem Fällen an Millionen von Bäumen für den geplanten Netzausbau werden nicht nur die Messwerte in den Städten deutlich steigen sondern auch die Erderwärmung weiter voranschreiten.**

Jedes Kind hat in der Schule gelernt, Bäume und Wälder speichern Co<sup>2</sup> und andere Schadstoffe tonnenweise aus der Luft, und wandeln diese für alle Säugetiere in lebensnotwendigen Sauerstoff um, gleichzeitig sorgt der Wald nach Regen auch noch dafür das die Luft deutlich abgekühlt wird. Der Wald mit seinen Bäumen ist außerdem auch für die Bienen und Artenvielfalt die 2019 gerettet und erhalten werden sollten wichtig.

**Je mehr also abgeholzt wird und in diesen Kreislauf eingegriffen wird, muss dies an anderer Stelle wieder gut gemacht werden. Das aber ist nahezu in Deutschland unmöglich.**

Das Aktionsbündnis der Trassengegner und die Bürgerinitiativen informieren gerne noch weiter, falls Sie dies wünschen.

Mittlerweile sind bereits Tausende Bürger\*innen in Bürgerinitiativen aktiv und es werden täglich mehr. Unterstützt werden deren, unsere und meine Forderungen von Umweltverbänden und zahlreichen unabhängigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern.

So wurde z.B. nachgewiesen, dass von den vielen angeblich notwendigen Maßnahmen im BBPIG lediglich 9 tatsächlich für die Versorgungssicherheit gebraucht werden.

Die Bürgerinitiativen werden die Themen „überdimensionierter und falscher Netzausbau“ sowie „Bürgerenergie“ jedenfalls zu Hauptthemen im bevorstehenden Bundestagswahlkampf machen.

**Daher bitte ich Sie als gewähltes Mitglied in unserem Bundestag, dem extensiven Netzausbau in seiner geplanten Form nicht zuzustimmen.**

**Fordern Sie bitte eine neue Ausrichtung des Netzentwicklungsplans nach dem Bedarf an intelligenten Verteilnetzen (Smart Grid), einen wesentlich größeren Zubau von EE-Anlagen (ein fünftes Szenario bei den Berechnungen der Bundesnetzagentur), die Sektorenkopplung und den Vorrang von Speichern. Damit verbunden ist natürlich auch die entsprechende Änderung im EEG, in dem z.B. die Eigennutzung von selbst erzeugtem PV-Strom unterstützt und von bürokratischen Hürden befreit werden muss, wie es die EU seit 2018 in ihren Richtlinien fordert.**

Über eine positive Rückmeldung ihrerseits würde ich mich freuen, die ich gerne sofern ich einer Bürgerinitiative angeschlossen bin auch an alle Mitglieder unserer Bürgerinitiativen weiterleiten werde.

Mit freundlichen Grüßen,

Name: \_\_\_\_\_

Anschrift: \_\_\_\_\_

Wohnort: \_\_\_\_\_ Mitglied in der Bürgerinitiative \_\_\_\_\_